

Mathew D. Rose  
Korrupt?



Mathew D. Rose

# KOR RUPT?

Wie unsere Politiker und Parteien  
sich bereichern – und uns verkaufen

**HEYNE <**



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100  
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte Papier  
*EOS* liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Copyright © 2011 by Wilhelm Heyne Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH  
<http://www.heyne.de>

Umschlaggestaltung: Nele Schütz Design, München  
Satz und Lithos: EDV-Fotosatz Huber/  
Verlagsservice G. Pfeifer, Germering  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany 2011

ISBN-13: 978-3-453-18614-9

*Der Gesellschaftsvertrag ist (...) eine Partnerschaft nicht nur zwischen Lebenden, sondern zwischen ihnen und den Toten und denen, die noch geboren werden.<sup>1</sup>*

– Edmund Burke

*Unser Jahrhundert zeigt, dass der Sieg von Idealen wie Gerechtigkeit und Gleichheit stets flüchtig ist, doch es lehrt uns auch, dass es überall einen neuen Anfang gibt, wenn es uns gelingt, die Freiheit zu bewahren (...). Es gibt also keinen Grund zu verzweifeln, selbst in den scheinbar ausweglosesten Situationen nicht.<sup>2</sup>*

– Leo Valiani



# INHALT

Vorwort: Innenansichten eines Außenseiters . . . . .	9
1. Politik als Big Business . . . . .	17
2. Die Politik-AG . . . . .	53
3. Transparenz, gefürchtet wie das Weihwasser . . . . .	93
4. Parteiendemokratie . . . . .	131
5. Ownthink oder Demokratie als Subversivität . . . . .	161
6. Das erste Privatenergie-Universitäts-Partyzelt der deutschen Hauptstadt . . . . .	193
7. Deutschland und die Suche nach Demokratie . . . . .	225
Epilog: Von Entstehung und Wesen der Demokratie . . . . .	259
Danksagung . . . . .	285
Quellen . . . . .	287





# VORWORT:

## INNENANSICHTEN EINES AUSSENSEITERS

Als ich dieses Buch begann, fragte mich ein junger parlamentarischer Assistent der Linken Fraktion im Bundestag: »Wofür braucht man denn noch ein Buch über Politik in der Bundesrepublik?«

Es gibt mehrere Gründe. Zunächst haben sich die Machtstrukturen in der Bundesrepublik seit der Wahl der SPD-Grünen-Regierung im Jahr 1998 neu formiert: Es ist ein virulentes Netzwerk entstanden. Der öffentliche, kritische Diskurs in Deutschland ist jedoch immer noch stark von den zum Teil überholten Analysen von Erwin und Ute Scheuch sowie Hans Herbert von Arnim aus den Bonner Zeiten geprägt. Die Welt und die politischen Zusammenhänge in der Bundesrepublik haben sich seitdem aber weiterentwickelt. Diese Änderungen darzustellen und zu analysieren ist die eine Aufgabe dieses Buches.

Die neu entstandenen Machtstrukturen in Deutschland haben auch den politischen Diskurs und dessen Rezeption erheblich verändert. Es liegt in der Natur dieses politischen Netzwerks, dass die neuen Machtstrukturen, trotz der Bemühungen von einigen wenigen, in der Öffentlichkeit zu oft verschwiegen werden sollen. An diesen unterdrückten Diskurs anzuschließen, ihn

zu ergänzen und voranzutreiben ist das andere Ziel dieses Buches. Und einen Überblick über diese neuen Zusammenhänge zu verschaffen, der meines Erachtens bislang fehlt.

Doch was kann ein Ausländer, ein US-Amerikaner, zum Thema Politik in Deutschland anbieten? Viel.

Mittlerweile wohne ich seit rund 35 Jahren, über die Hälfte meines Lebens also, in der Bundesrepublik. Heimat ist sie jedoch nie für mich geworden. Jeden Morgen, wenn ich wach werde, habe ich das Gefühl, im Ausland zu sein. Deutschland ist mein Zuhause geworden, aber nicht meine Heimat. Jede Rückkehr nach Deutschland ist wie die Rückkehr in eine Diaspora. Man könnte sagen, dass ich zu den »Integrationsverweigerern« zähle, wie das der ehemalige CDU-Innenminister Thomas de Maizière einmal genannt hat.

Für die Arbeit eines Journalisten ist diese Situation nicht unbedingt eine schlechte Voraussetzung. Die Außenseiterrolle lässt einen über gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten stehen, sie emanzipiert gewissermaßen, denn die Sozialisation ist eine andere. Man neigt dazu, alles in diesem Land, in dem man zwar lebt, aber nicht verwurzelt ist, kritischer zu betrachten und zu bewerten. Vielleicht weil man nichts verteidigen und nichts schönreden muss, nicht vor sich und nicht vor anderen. Es ist eine merkwürdige Rolle, in die man auf diese Weise gerät – man ist inländischer Auslandskorrespondent oder ausländischer Inlandskorrespondent, je nachdem, wie man es sehen möchte.

Die vielen Jahre Erfahrung als investigativer Journalist prägen ebenfalls dieses Buch. Meine journalistischen Spuren hierzulande verdiente ich mir über ein Jahrzehnt bei der Aufdeckung des Berliner Sumpfs. Die Muster des Machtmissbrauchs sind jedoch universal. Bei diesen Recherchen bin ich oft in die Niederungen,

in die Kloaken des politischen und wirtschaftlichen Alltags der Bundesrepublik Deutschland hinabgestiegen. Gleichzeitig hatte ich die Gelegenheit, viele der Gegenspieler dieser Schattenseite der Bundesrepublik kennenzulernen: integre Frauen und Männer, die sich ihr Land anders wünschen und mit einem hohen Einsatz dafür kämpfen. Man kann also sagen, dass ich in die ungewöhnliche Situation kam, die meiste Zeit mit der besten Seite Deutschlands in Kontakt zu stehen: Menschen, die noch an ein besseres Deutschland glauben – und an den Wert von Ethik und Moral in der Gesellschaft. Die meisten aus den herrschenden und politischen Klassen wollten nicht mit mir reden. Anfragen blieben unbeantwortet oder beschränkten sich auf Jas und Neins. Termine waren öfters nicht möglich – selbst innerhalb eines ganzen Jahres nicht. Rechenschaft abzulegen steht nicht auf ihrer Tagesordnung.

Zuletzt war das Leben mir gegenüber immer sehr großzügig. Ich hatte das Glück, häufig zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein und bei vielen Ereignissen zum Zeitzeugen zu werden. Damit meine ich keineswegs Staatsakte oder Pressekonferenzen, sondern die scheinbar nebensächlichen Begebenheiten, die niemals in einem Geschichtsbuch oder in den Medien erscheinen werden und in keinem Protokoll Erwähnung finden, aber dessen ungeachtet höchst bedeutsam und signifikant sind.

Doch dieses Buch ist auch aus der Perspektive des Historikers geschrieben. Mein Studium der europäischen Geschichte trägt wesentlich zum Inhalt dieses Buches bei. Der analytische Blick für das Heute bleibt wertlos, wenn man die Entwicklungen und Einflüsse von gestern nicht in Betracht zieht.

Zwar macht uns die Geschichte keinesfalls zu Hellsehern, doch kann sie einem helfen, die Gegenwart besser zu verstehen. Und sie kann Fakten liefern, mit deren Hilfe man aktuelle ge-

sellschaftliche Prozesse einzuordnen und einzuschätzen vermag, denn die Vergangenheit ist ein integraler Bestandteil des Heute.

Es gibt auch solche Menschen, die die Vergangenheit am liebsten abschaffen würden. Es sind vor allem jene Kräfte in Wirtschaft und Politik, die einer zügellosen Marktwirtschaft das Wort reden oder die nach und nach die Demokratie auszuhöhlen versuchen. Den einen geht es darum, soziale Ungerechtigkeit dauerhaft gesellschaftlich akzeptabel zu machen, indem sie die bereits erlebten Lügen und Ungerechtigkeiten des Marktes ins Reich des Vergessens verbannen, den anderen ist daran gelegen, das Wissen um die demokratischen Traditionen, einen der wichtigsten Teile unseres kulturellen Erbes, aus der kollektiven Erinnerung zu löschen.

Ich versuche, in diesem Buch eine Synthese dieser vier Perspektiven (Fremder, investigativer Journalist, Zeitzeuge und Historiker) zu erreichen, auch wenn ihre Gewichtung in den verschiedenen Kapiteln unterschiedlich ist.

Ich lernte die Bundesrepublik erstmals 1974 als Student kennen – in einer Zeit des Übergangs. Wie damals unter Jugendlichen üblich, reiste ich per Anhalter durch West-Deutschland. Die Gespräche während der Reisen trugen immens zu meinen Deutschkenntnissen bei, und ich lernte dabei auch viel über die Bundesrepublik. Diese Gespräche hatten eine gewisse Unmittelbarkeit, weil sie völlig anonym waren. Man würde sich nach dem Abschied nie wiedersehen.

Die Männer, die mich mitnahmen – eine Frau war nicht darunter –, lassen sich in drei Kategorien einteilen. Bei der ersten handelte es sich um einige wenige ältere Männer mit grauem Haar. Sie fuhren Mercedes und hatten mich offenbar mit dem Ziel mitgenommen, mir eine Botschaft mitzuteilen. Es dauerte nicht lange, bis sie auf das Thema des Zweiten Weltkriegs kamen. Selbstverständlich hatte keiner von ihnen an der Westfront

gekämpft – ich bin ja US-Amerikaner. Opfer seien sie gewesen. Höchst merkwürdig war die immer gleiche Geschichte, die von ihnen erzählt wurde: Sie seien angeblich nach dem Krieg nach Auschwitz gefahren, hätten die Gaskammern und Öfen ausgemessen und alles nachgerechnet. Sie könnten eindeutig sagen, dass die Judenvernichtung in dem Ausmaß wie behauptet nie hätte stattfinden können. Nachdem ich diese Geschichte von dieser Handvoll Männer wiederholt gehört hatte, konnte ich mir nur noch vorstellen, dass tagtäglich Dutzende deutsche Kriegsveteranen mit Maßbändern und Zollstöcken über das Gelände von Auschwitz geschwärmt waren und Maß genommen hatten.

Die zweite Gruppe bestand aus Lastwagenfahrern im Alter zwischen ungefähr 30 und 45 Jahren. Männer aus dem Arbeitermilieu, die vom deutschen Wirtschaftswunder profitiert hatten. Einige hatten sich, angeblich zusammen mit ihren Ehefrauen, dazu entschlossen, ganz auf Kinder zu verzichten, um sich einen gewissen Wohlstand zu ermöglichen. Diese Gesprächspartner waren besonders stolz darauf, dass sie etwa jeden Tag mit einem Mercedes zur Arbeit fuhren – genau wie ihre Chefs. Als Amerikaner fand ich diese Erzählung verblüffend, nicht wegen der Autos als Statussymbole, sondern weil bei uns alle kinderreiche Familien hatten. Ich war 18, als ich zum ersten Mal ein Einzelkind kennenlernte. Kinder gehörten da, wo ich herkam, zum Alltag und galten kaum als Luxus.

Dann waren da als dritte Gruppe die Lehrlinge und Studenten. Sie beschäftigten hauptsächlich zwei Themen: der Radikalenerlass von 1972, der im öffentlichen Dienst ein Berufsverbot für Mitglieder von als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen erlaubte, und das gesellschaftliche Solidaritätsprinzip, das vehement verteidigt wurde. Für mich als Amerikaner eine erstaunliche Erfahrung, galt und gilt für viele in meinem Land doch schon eine staatliche Krankenversicherung beinahe als

Symptom einer kommunistischen Unterwanderung. Mir wurde eine neue Welt eröffnet.

Jetzt im Rückblick kann man sagen, dass diese Gruppen drei Generationen – man kann fast von Epochen sprechen – Deutschland verkörperten. Es war eine Zeit des wachsenden Wohlstands für alle, aber auch eines wachsenden gesellschaftlichen Optimismus. Beide sind im Lauf der Zeit irgendwie verloren gegangen.

Inzwischen sind die meisten aus der ersten Gruppe sicherlich verstorben. Aus der zweiten Gruppe sind heute viele in Rente oder kurz davor. Die dritte Gruppe hat das Stadium im Leben erreicht, wo sie auf die Gesellschaft einen besonderen Einfluss ausübt. Viele haben sich in den Hierarchien hochgearbeitet, leiten Unternehmen oder eigene Betriebe, unterrichten in Schulen und Hochschulen, tragen Verantwortung, die mit der Lebenserfahrung kommt. An sie habe ich öfters gedacht, als ich dieses Buch schrieb, daran, was sie heute wohl denken und glauben und was sie von der Entwicklung ihres Landes halten mögen. Doch dieses Buch wurde ebenfalls für die Folgegenerationen geschrieben, besonders die, die die Frage stellen: »Was hat Politik mit mir zu tun?« Meine Antwort und der Inhalt dieses Buches ist: alles. Und damit meine ich nicht die Parteienpolitik, sondern die Politik, die das Volk selber, unmittelbar, jenseits der Wahlkabine, bestimmt.

Dieses Buch beschäftigt sich jedoch nicht nur mit der formellen Politik, sondern auch mit dem Erinnern. Nicht belanglose Sentimentalitäten, sondern Momente und Geschehnisse, die prägend waren – die uns zu dem gemacht haben, was wir heute sind. Ich weiß, dass die Reizüberflutung durch Werbung und Konsum ebenso wie die rasanten technischen Entwicklungen und die Omnipräsenz der Medien die Entstehung einer schnelllebigen

Gesellschaft begünstigt haben, in der sich Vergangenes scheinbar verschleißt. Doch es ist keinesfalls verschwunden, sondern nur verschüttet, denn dem Erinnern wohnt eine ungeahnte Kraft inne. Es kann eine Quelle der Inspiration darstellen, die wir nutzen sollten, weil es uns nur so möglich sein wird, unsere Zukunft und die der nachfolgenden Generationen sinnvoll und lebenswert zu gestalten.

Als ich dieses Buch konzipierte, trug es den Arbeitstitel »Politik als Big Business«. Vorgesehen war hauptsächlich ein investigatives Werk, doch ich wusste, dass ein weiteres Buch à la »Auf die Politik eindreschen« würde zu kurz greifen. Immerhin kann die Bundesrepublik Deutschland eine reichhaltige demokratische Tradition vorweisen, und die politische Klasse besteht durchaus auch aus integren Mitgliedern, auch wenn sie leider eine Minderheit darstellen. Nötig ist eine Analyse und Bestandsaufnahme, was die gegenwärtige bundesrepublikanische Politik und ihre Machtstrukturen angeht. Darin bestärkte mich der Verlag mit einem zusätzlichen Arbeitstitel: »Die käufliche Republik«. Und so stellte sich mir die Frage: Was für eine Republik wird verkauft, wie und an wen? Es stellte sich damit auch die Frage nach der Demokratie, ein Begriff, der oft benutzt wird, ohne dass man präzise weiß, was damit gemeint ist.

Die Arbeit zu diesen Fragen beinhaltete viel Lesen und Recherchieren – und ebenso eine Fülle von Gesprächen. Dabei spielten zwei Werke eine wesentliche Rolle: *Postdemokratie* von dem britischen Soziologen Colin Crouch und *Setting the People Free*, ebenfalls von einem Briten, dem Politikwissenschaftler John Dunn. Beide werden oft von mir zitiert und beeinflussten den Inhalt dieses Buches stark. Doch als ich meine Bücherregale weiter durchsuchte, fand ich viele andere Werke, die bis zu meiner Schulzeit zurückgingen. Das Ganze mündete in

einer extensiven Einführung, die dem restlichen Werk einen Rahmen geben sollte. Der Verlag, immer bereit, mich vor meiner eigenen Tollkühnheit zu schützen, und Kenner der lesenden Öffentlichkeit, befürchtete, dass ich damit sämtliche potenzielle Leser, wenn sie diese Einführung am Anfang lesen sollten, abschrecken würde. Wahrscheinlich hat er recht. Dieser Text befindet sich jetzt am Ende des Buches als »Epilog«. In einer Zeit des zunehmenden Kommerzes, in der wir uns längst über den »Director's Cut« eines Films freuen, werden wir uns vielleicht auch an einen »Author's Cut« eines Buches gewöhnen. Also lade ich die hartgesottenen Intellektuellen ein, vielleicht doch mit dem Epilog anzufangen.

Mathew D. Rose  
Berlin, im Juli 2011



*Der Niedergang jeder Regierung beginnt mit dem Verfall der Prinzipien, auf denen sie aufgebaut ist.<sup>3</sup>*

– Charles de Montesquieu

*Es gibt zwei Dinge, die in der Politik wichtig sind: Das erste ist Geld, und an das zweite kann ich mich nicht erinnern.<sup>4</sup>*

– Marcus Alonzo Hanna

## Kapitel 1

# **POLITIK ALS BIG BUSINESS**

Kein Zweifel, die politischen Parteien der Bundesrepublik haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Sie haben immer weniger mit Gesellschaftsgestaltung oder Ideologien zu tun, sondern sind ein Wirtschaftszweig geworden, eine gewinnorientierte Dienstleistung, die einen Service anbietet: die Umsetzung von Partikularinteressen in Gesetze. Im Angebot sind Förderungen, Subventionen, Steuerbegünstigungen und wirtschaftlich vorteilhafte Bestimmungen. Außerdem haben die Parteien als Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen Milliarden an Aufträgen zu vergeben. Laut neuesten Daten waren es im Jahr 2009 allein rund 40 Milliarden Euro.<sup>5</sup> Nicht zu vergessen die vielen Arbeitsplätze, die die deutschen Parteikonzerne intern und in den öffentlichen Verwaltungen zu besetzen haben. Das Geschäftsfeld

dieser Parteiunternehmen ist nicht nur die Bundesrepublik – Bund, Länder und Kommunen –, sondern reicht in die Europäische Union und in viele internationale Organisationen hinein.

Es sind nicht allein die politischen Parteien Deutschlands, die sich transformiert haben, sondern die gesamte politische Klasse. Sie besteht nicht mehr ausschließlich aus Politikern und Verbandsvertretern, sondern hat sich stark ausgedehnt. Neu haben sich in das Heer der Politik-Dienstleister eingereiht: Lobbyisten jedweder Provenienz, Berater, Public-Relations-Experten, Anwälte, Wissenschaftler, Medienmanager und Journalisten. Diese neue politische Klasse ist ein Netzwerk von Menschen – ständig im Fluss –, die von einem Bereich in den anderen wechseln können. In dem gegenwärtigen aufgeblähten politischen Wirtschaftskreislauf kann man in allen Bereichen gleichermaßen gute Erträge erwirtschaften. Für viele Mitglieder der neuen politischen Klasse gibt es keine Seiten der Barrikaden mehr, sondern nur noch verschiedene Profitcenter.

Doch es geht nicht nur um Funktionäre. Hat die Partei Wahlerfolge, steigen die Aktien der Partei und der Marktwert von vielen Managern dieses Betriebs. Wer es zum Bundeskanzler, Ministerpräsidenten, Minister, Staatssekretär oder einflussreichen Parlamentarier gebracht hat, weiß diese Macht bis in die Millionenhöhe zu verwerten – während und nach der politisch aktiven Zeit. Beschäftigte der Parteikonzerne, jedoch auch die restlichen Aktienbesitzer, die einfachen Parteimitglieder, erhalten ebenfalls eine Dividende in Form von gut bezahlten Stellen, Vorteilen, Förderungen und Aufträgen.

Heute ist die Motivation, in eine politische Partei einzutreten, zunehmend wirtschaftlicher Natur. Wie oft habe ich in den letzten Jahren von Freunden und Bekannten gehört, dass sie in einer politischen Partei aktiv geworden sind, um ihre beruflichen oder

finanziellen Interessen zu fördern. Wie oft habe ich in den letzten Jahren von anderen Freunden und Bekannten erfahren, dass sie aus ihrer Partei ausgetreten sind, da es darin ausschließlich um Privatinteressen und Machterhalt geht.

Diese Kommerzialisierung der Politik ist nicht ausschließlich eine deutsche Entwicklung, sondern gilt für die meisten westlichen Demokratien. Die Zeit, in der Politik eine gerechtere Umverteilung, also eine Verbesserung von Bildung, Gesundheit und Wohlstand der gesamten Gesellschaft anstrebte, ist in den Industrienationen lange vorbei. Dieser Wandel setzte in der Bundesrepublik im Jahr 1998 ausgerechnet mit der SPD-Grünen-Regierung ein. Damit begann eine zunehmend radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums an große Unternehmen und Wohlhabende durch die politische Klasse.

Seinen definitiven Höhepunkt erreichte dieser Prozess zehn Jahre später bei der Finanzkrise, die im Jahr 2007 begann und sich bis heute, Stichwort »Eurokrise 2011«, fortschreibt. Bis dahin hatte die politische Klasse in den westlichen Demokratien sich mit ihrer fanatischen Hingabe an die freie Marktwirtschaft, die Ralf Dahrendorf einmal als »fundamentalistischen Irrglauben«<sup>6</sup> bezeichnete, regelrecht als Hüter des kapitalistischen Grals gebärdet und zudem durch eine unverantwortliche Liberalisierung der Gesetze für den Finanzmarkt die Konzentration von Vermögenswerten in den Händen einer winzigen Minderheit noch gefördert. Begründet wurde diese Lockerung der Regeln mit einer angeblichen Inkompetenz, Ineffizienz und Ignoranz der öffentlichen Kontrollbehörden. Es war die Politik, die die Schleusen aufmachte, was in einem Desaster endete. Man setzte einfach darauf, dass die freie Marktwirtschaft schon alles regeln würde. Was sie dann in der Tat auch getan hat. Leider.

Nachdem der Finanzsektor implodiert war, schnürte die damalige Große Koalition in Berlin, ohne mit der Wimper zu zu-

cken, hektisch milliardenschwere Rettungspakete für die durch eigenes Verschulden in Schieflage geratenen Banken und verpfändete damit die Zukunft kommender Generationen. In den meisten Fällen gab es keine Gegenleistung oder wesentlichen Zugeständnisse seitens des Finanzsektors. Ein Markt, den der Wirtschaftsprofessor und ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Simon Johnson, folgendermaßen beschrieben hat: »Er trägt nicht zur Produktivität bei und auch nicht zum wirtschaftlichen Wachstum. Er trägt überhaupt zu nichts bei, außer dass die Finanzinstitute Geld machen.«<sup>7</sup> Schlimmer noch, stellte er fest, sei, dass dieses Geld zumeist von den kleinen Anlegern käme und die Finanzmärkte darüber hinaus weitgehend reformresistent seien. Die verpasste Gelegenheit, das spekulative Kapital wieder in geordnete Bahnen zu führen, wird heute von der politischen Klasse mit Unterstützung der Medien als Erfolg verkauft.

Die Krise der Privatverschuldung der Finanzinstitutionen und Reichen hat die Politik damit in eine Krise der öffentlichen Verschuldung umgewandelt. Die Rettung des Finanzsektors und die darauf folgenden Konsequenzen brauchen die Reserven des Staates auf. Jetzt muss die Rechnung bezahlt werden, und die staatlichen Sparprogramme werden aufgelegt.

Dafür aufkommen werden keinesfalls die Profiteure der Finanzwelt: die Finanzunternehmen, ihre vermögenden Kunden oder ihre Beschäftigten, die, wie jeder erfahren hat, über Jahre üppige Saläre und Boni erhielten. Die Last dieses gesellschaftlich unverantwortlichen Spekulationsbacchanals werden die Bürger tragen, die während der »goldenen Zeiten« der Finanzbranche mit stagnierenden oder sogar sinkenden Reallöhnen leben mussten. Die Maxime »Enjoy now, pay later« hat eine neue Interpretation bekommen: »We'll enjoy now, and you'll pay later.«

»Der Bankencrash aber zeigte noch einmal, dass die Finanzwirtschaft ihre Risiken gefahrlos externalisieren kann. Die Rechnung begleichen die Steuerbürger in Form astronomisch kostspieliger Bankenrettungspakete – nichts anderes als ein marktkonformer Staatsinterventionismus, der am Ende nicht Banken gerettet hat, sondern Aktionäre und die Kontinuität risikoloser Spitzenrenditen«,<sup>8</sup> resümiert der Soziologe Sighard Neckel.

Der Vorwurf des amerikanischen Journalisten Bill Moyers vom Dezember 2006 bezüglich einer »falschen Freiheit«, damals auf die Vereinigten Staaten bezogen, gilt heute für die meisten westlichen Demokratien, auch für Deutschland: Er meint damit »die Freiheit, Reichtum ohne soziale oder demokratische Verantwortung anzuhäufen oder sie als Lizenz zu betrachten, das politische System kaufen zu können (...), sodass die Demokratie nicht länger imstande ist, den Kapitalismus auf die Prinzipien von Fairness und Gerechtigkeit zu verpflichten«<sup>9</sup>.

Um die komplizierten Verflechtungen der neuen politischen Klasse zu verstehen, müssen wir uns erst einmal einen Überblick über die wirtschaftlichen Strukturen der Parteikonzerne selber verschaffen. Schwer genug, die Zusammenhänge zu durchschauen. Beginnen wir mit den im Bundestag vertretenen Parteien.

Da sind zunächst einmal die Bundesgeschäftsstellen – die Konzernzentralen, die sich zumeist in Berlin befinden. Das Konrad-Adenauer-Haus der CDU, das Willy-Brandt-Haus der SPD, das Thomas-Dehler-Haus der FDP, das Karl-Liebknecht-Haus der Linken. Die Grünen haben eine Berliner Immobilie erworben, der allerdings noch eine Namensgebung fehlt, während die CSU sich fern von Berlin im Münchner Franz-Josef-Strauß-Haus befindet.

Diese Konzerne machten 2008 zusammen einen »offiziellen« Umsatz von insgesamt rund 450 Millionen Euro.<sup>10</sup> Spitzenreiter war dabei die SPD mit 167,5 Millionen Euro, gefolgt von der

CDU, die Einkünfte von 148 Millionen Euro verbuchen konnte. 27 Prozent dieser Einnahmen erzielten die Parteien über Mitgliedsbeiträge (121 Millionen Euro), 15 Prozent durch legale Spendenaufkommen (66,9 Millionen Euro) und weitere 12 Prozent (53,8 Millionen Euro) aus Zahlungen von verschiedenen Politikern, die als Mandatsträgerbeiträge an die Parteizentralen überwiesen wurden. Der höchste Anteil der Einnahmen, nämlich 28,5 Prozent (128,3 Millionen Euro), kam jedoch auf dem Wege der Parteienfinanzierung vom Steuerzahler.

Diesen Einnahmen von knapp über 450 Millionen Euro im Jahr 2008 standen Ausgaben in Höhe von 425 Millionen Euro entgegen. Davon flossen unter anderem 28 Prozent (118,8 Millionen Euro) für Personalkosten ab, während 25 Prozent (105,3 Millionen) für politische Arbeit und 21,5 Prozent (91,6 Millionen) für den Wahlkampf ausgegeben wurden. Zwar verringerte sich der Jahresgewinn 2008 auf 25,5 Millionen Euro im Vergleich zu 72,2 Millionen im Vorjahr, doch konnten die Parteien ihr Vermögen trotz Finanzkrise von 382 Millionen Euro auf rund 407 Millionen Euro steigern, gesunde 6,5 Prozent immerhin.<sup>11</sup> Der einzige Negativposten für das Jahr war ein Verlust an Mitgliedern (insgesamt 1,7 Prozent), was allerdings nur die SPD und Union betraf, denn FDP, Grüne und Linke konnten leicht zulegen.

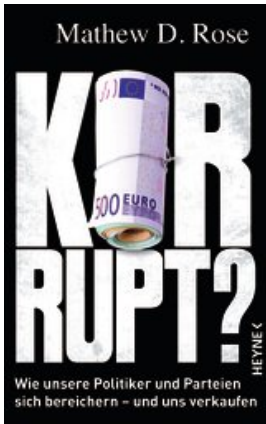
Im Jahr 2009, einem Wahljahr, setzte sich diese Tendenz fort. Die Jahresumsätze der Parteien wuchsen um weitere 6,5 Prozent und nähern sich nun einer halben Milliarde Euro. Aber auch der rasante Mitgliederschwund bei der Union und SPD dauert an. Wenn der Trend sich nicht umkehrt, wird die Zahl jeweils bald unter einer halben Million sein. Die kleinen Parteien, vor allem die FDP, konnten weiteren geringen Zulauf verzeichnen.<sup>12</sup>

Trockene Zahlen, zugegeben, doch bei näherem Betrachten erzählen sie eine spannende Geschichte. Nämlich die, dass das Vermögen der Parteikonzerne im Verlauf von zehn Jahren, zwi-

schen 1998 und 2008, um sage und schreibe fast 60 Prozent gewachsen ist,<sup>13</sup> und das angesichts beträchtlicher Probleme in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt und trotz aller Börsenturbulenzen jener Jahre, die so manchen an den Rand des Ruins oder mitten hinein trieben. Die Parteien aber machten Kasse – trotz eines Mitgliederschwunds von rund 22 Prozent insgesamt<sup>14</sup> und trotz rapide sinkender Wahlbeteiligung (bei den Bundestagswahlen von 1998 gaben 82,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, 2009 waren es nur noch 70,8 Prozent<sup>15</sup>). Trotz ausgemachten Politiküberdrusses der Bevölkerung, trotz der Tatsache, dass heute viele Entscheidungen in Brüssel fallen und viele Gesetze vom EU-Parlament beschlossen werden; ferner trotz der Dotcom- und Subprime-Krisen; trotz stagnierender Wirtschaft und Löhne. Und selbst wenn wir noch die Inflation jener Jahre von 8,5 Prozent<sup>16</sup> in Betracht ziehen, ist das wirtschaftliche Ergebnis eindeutig positiv. Das Reinvermögen der CDU ist in diesem Zeitraum um mehr als 150 Prozent gewachsen, von 50 auf 131 Millionen Euro, das der CSU von 17 auf rund 27 Millionen Euro, das der SPD von 125 auf 189 Millionen Euro, das der Grünen von 18 auf fast 26 Millionen Euro, das der Linken von 15 auf 25 Millionen und das der FDP von 4 auf 7 Millionen Euro.<sup>17</sup>

Man sollte sich bei der Betrachtung solcher Zahlen ins Gedächtnis rufen, dass gleichzeitig zur Sanierung der Staatsfinanzen die Axt ans soziale System der Republik gelegt wurde und die Bürger darüber hinaus durch allerlei neue Belastungen und die Streichung alter Vergünstigungen gewaltig zur Kasse gebeten worden sind.

Trotz Haushaltslöchern lässt der Staat den Parteien Millionen im Rahmen der Parteienfinanzierung zukommen. Wobei, um das klarzustellen, das Geld natürlich eigentlich vom Steuerzahler kommt. Eine sehr praktische Maßnahme ist diese staatliche Par-



Mathew D. Rose

## **Korrupt?**

Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern - und uns verkaufen

ORIGINALAUSGABE

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 320 Seiten, 13,5 x 21,5 cm  
ISBN: 978-3-453-18614-9

Heyne

Erscheinungstermin: Oktober 2011

Politik als Big Business – ein investigativer Journalist deckt auf

Vertreten Politiker wirklich den Willen des Volkes? Oder arbeiten sie auf eigene Rechnung? Mathew D. Rose folgt der Spur des Geldes und wirft einen Blick hinter die Finanzkulissen von Parteien und Politikern. Er enthüllt: Politik funktioniert nach den Gesetzen des Big Business. Geld und Macht bestimmen immer öfter die politischen Entscheidungen. Die Demokratie droht auf der Strecke zu bleiben.

Die Politik ist weit davon entfernt, „im Namen des Volkes“ zu sprechen und im Interesse des Gemeinwohls zu handeln. En passant ist der Politikbetrieb zu einem perfekt organisierten Wirtschaftszweig umgebaut worden, der nach den Prinzipien von Profit, Rendite und Karriere funktioniert. Kaum ein Tag vergeht ohne eine Meldung über fragwürdige Parteispenden, Doppelfunktionen von Abgeordneten, die zugleich Lobbyisten sind, oder Politiker, die nach dem „Drehtür“-Prinzip gut dotierte Positionen in der Wirtschaft übernehmen – in demselben Feld, in dem sie zuvor politische Entscheidungen getroffen haben. Die Botschaft ist klar, Geld beherrscht viele politische Entscheidungsprozesse, vor allem zur Umverteilung von Reichtum. Die Parteien müssen nur aufpassen, dass sie die Wähler nicht soweit abspenstig machen, dass der Bürger eine andere Partei wählt, denn schließlich ist Stimmenverlust gleich Machtverlust – und daraus resultiert Umsatzverlust... Ein längst fälliges Enthüllungsbuch zum Thema Transparenz in der Politik: Spannend von der ersten bis zur letzten Seite, desillusionierend im Hinblick auf die Erkenntnis wie weit der Missbrauchs von Politik, Wirtschaft und Medien bereits gediehen ist, und zugleich ein flammender Appell, die Politik nicht dem Politikbetrieb zu überlassen, sondern dem Bürgerwillen durch mehr direkte Demokratie zur Geltung zu verhelfen.